Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38, 40.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Fri .... Fra .... Frugalin
In feinen Dosen, rot und grün,
Schmeckt honigsüß, pikant und frisch,
Es fehlt auf keinem Frühstückstisch!
Ueberall vorrätig. In Dosen und ausgewogen pro Pfund 45 Pfg.
Engros: Franz Hermann Loebel, Dresden. Tel. I. 4716.

Würmer bei Kindern und Erwachsenen als Maden-, Spul- und Bandwürmer mit der Brut werden absolut sicher vertrieben durch die berühmten Medizinalrat Dr. Küchenmeisters Wurmpräparate.
Zur Darmreinigungskur im März für jedermann unentbehrlich:
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8.

STAATS-MEDAILLE 1902
Apollinaris
DÜSSELDORF 1902
UND GOLDENE MEDAILLE.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Neuheiten garnierter Damenhüte vornehmen Stils
in jeder Preislage.
Paris. Regelmässige persönliche Einkäufe und Modestudien in Paris.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher u. englischer eleganter Anzug-, Hosen- u. Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.
Hermann Pörschel, Scheffelstrasse 19.

Nr. 68. Spiegel: Kulturkampf in Frankreich. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Mehrbelastung der Hausbesitzer, Gerichtsverhandlungen. Russisch-japanischer Krieg. Herero-Aufstand. Kurvfuscherprozeß

Mutmaßl. Witterung: Gelinder, Niederschläge.

Dienstag, 8. März 1904.

Der Kulturkampf in Frankreich.

Eine außergewöhnliche Lebensdauer besitzt das Kabinett Combes. Ueber zwei Jahre steht es bereits am Ruder und immer wieder gelingt es ihm, an den Klippen vorüberzukommen, die sein Dasein bedrohen. Dabei verfügt es durchaus nicht über staatsmännische Persönlichkeiten und Kräfte, die das Durchschnittsmaß überragen. Der Ministerpräsident Combes bleibt an Befähigung und geistiger Bedeutung in jeder Hinsicht hinter seinem Vorgänger Waldeck-Rousseau weit zurück, und dennoch hat er es unternommen, die gewaltige Aufgabe, die dieser begonnen, aber zu vollenden sich nicht getraute, den Kampf gegen den Ultramontanismus, zu Ende zu führen. Wenn bei dieser großen Aktion, deren gleichen die dritte Republik kaum erlebt hat, das gegenwärtige Ministerium noch nicht gescheitert ist, so verdankt es das weniger seiner eigenen Tatkraft, Initiative und Ausdauer, als vielmehr der Stärke der parlamentarischen Regierungsmehrheit, die durch den Geist des Antiklerikalismus fest zusammengehalten wurde und seither jeder Gefahr für ihren eigenen Bestand und damit für die Existenz der jetzigen Regierung in der Erwägung zu entgehen wußte, daß der Sturz des Kabinetts Combes die ganze Bewegung des Kulturkampfes mit dem Siege der staatsfeindlichen, antirepublikanischen Elemente beschließen müßte.

Diese selbe Erwägung, daß mit dem Kabinett Combes in ihren Grundgedanken die innere Politik, welche die dritte Republik seit einem halben Jahrzehnt verfolgt hat, unterliegen würde, wird es wohl auch sein, die den Regierungsblock in der Deputiertenkammer bestimmen wird, dem Ministerium über die schwierige Situation hinwegzuhelfen, in die es durch die internationale Politik, vornehmlich durch das Allianzverhältnis Frankreichs zum Zarenreiche und die möglicherweise daraus herzuleitenden Verpflichtungen gebracht wird. Die Opposition sucht jetzt Angriffspunkte auf einem Gebiete, wo die nationale Empfindlichkeit der Franzosen am größten ist und ein Ministerium nur allzu leicht straucheln kann, wenn es den chauvinistischen Ansprüchen nicht genugsam Rechnung zu tragen vermag. Fragen der nationalen Wehrfähigkeit werden aufgeworfen, um die Regierung der Vernachlässigung ihrer höchsten Pflicht, Frankreich allezeit in kampfbereitem Zustande zu erhalten, zu bezichtigen. Als Zielscheibe ihrer Angriffe hat die Opposition besonders den Marineminister Pelletan gewählt, dessen Position von jeher im Kabinett die gefährdetste ist und mit dem sich seine Kollegen am wenigsten solidarisch fühlen. Der von nationalistischer Seite gestellte Antrag, die Marineverwaltung zum Gegenstande einer parlamentarischen Untersuchung zu machen, wurde im Plenum abgelehnt, aber im Budgetausschusse ist er wieder aufgenommen worden, und zwar mit der Aussicht auf Erfolg, dank einer Intrige des Vorsitzenden dieses Ausschusses, des ehemaligen Generalgouverneurs von Indochina, Doumer, der für einen der rücksichtslosesten, aber auch befähigtsten Streber gehalten wird.

Inzwischen nimmt der Feldzug gegen die Ordensgesellschaften seinen Fortgang. Es handelt sich nunmehr um die letzte, aber auch schwierigste Aktion zur Unterdrückung jedes Einflusses des Klerikalismus auf die Jugend. Die Vorlage, die gegenwärtig in der Kammer beraten wird, bezweckt die Aufhebung aller Ordensschulen und den Ausschluß aller Ordensmitglieder vom öffentlichen Unterricht oder positiv ausgesprochen die Verweltlichung des gesamten Schulwesens. Den noch bestehenden, früher ermächtigten Ordensschulen soll je nach dem Bedürfnisse und der Möglichkeit ihres Ersatzes durch Laienschulen noch eine Gnadenfrist von höchstens fünf Jahren gewährt werden. Das Schulgesetz des Ministeriums Combes geht weit hinaus über die Waldeck-Rousseausche Kulturkampfgesetzgebung. Diese erstrebte nichts anderes als die Unterwerfung der Ordensgesellschaften unter die Souveränität des Staates; diejenigen Organisationen, die sich den neuen Gesetzesbestimmungen fügten, sollten geduldet werden. Combes dagegen will die Kongregationen, soweit sie am öffentlichen Unterricht beteiligt sind, mit Stumpf und Stil ausrotten. Erlangt sein Schulgesetzentwurf Gesetzeskraft, so würde es nach Verlauf von fünf Jahren keine einzige Schule mehr in Frankreich geben können, die von Mitgliedern irgend eines Ordens geleitet wird. Der Entwurf bedeutet grundsätzlich die Verkündigung der uneingeschränkten Unverträglichkeit des öffentlichen Lehramts im modernen Staate und seiner Aufgabe mit dem Wesen des Ordens und der Ordensgesellschaft. Seine praktische Tragweite erhellt aber aus der Tatsache, daß die Vorlage nicht weniger als rund 3500 Schulen trifft, die sich in den Händen der Kongregationen befinden. Diese Schulen aufzulösen und zu ersetzen, stellt eine ungleich größere Aufgabe dar, als es die Durchführung der seitherigen Kulturkampfgesetze gewesen ist. Die Hauptschwierigkeit betrifft die finanzielle Frage. Für die Ordensschulen, die geschlossen werden sollen, muß Ersatz aus den Mitteln des Staates und der Gemeinden geschaffen werden. Die Knabenschulen der ermächtigten Kongregationen zählten zuletzt noch 178 522 Schüler, von denen noch lange nicht die Hälfte sofort in öffentlichen Schulen Unterkunft finden können, während für den größeren Teil neue Schulen, Klassen und Lehrkräfte beschafft werden müssen. Aehnlich verhält es sich mit den Mädchenschulen der ermächtigten Ordensgesellschaften; hier handelt es sich um insgesamt 2195 Schulen mit 195 329 Schülerinnen. Es wird berechnet, daß die Durchführung des Schulgesetzes, das die Ordensschulen radikal beseitigen will, auf den Zeitraum von fünf Jahren, innerhalb deren es vollzogen werden soll, an einmaligen Ausgaben insgesamt 64 Millionen für Neueinrichtungen und außerdem eine fortlaufende Jahresausgabe von 6½ Millionen an neuen Lehrergehältern im Budget des öffentlichen Unterrichts erfordern würde.

Selbst wenn die ministerielle Mehrheit vor einer solchen gewaltigen Mehrbelastung des Staatshaushalts nicht zurückschrickt, sondern dem Kabinett Combes auch in der letzten gesetzgeberischen Phase des Kulturkampfes treu bleibt, so frägt es sich doch schließlich, ob dieser wirklich zu dem endgültigen Siege der Republik über ihre ultramontanen Todfeinde führen wird. Das neue Schulgesetz bedarf zu seiner Durchführung einer Frist von fünf Jahren. Diese wird das Kabinett Combes sicher nicht überleben; wer gibt aber die Gewähr, daß die folgenden Regierungen von demselben unabänderlichen antiklerikalen Kampfesgeiste beseelt bleiben, der erforderlich ist, damit das Gesetz, das den Einfluß des Ultramontanismus auf die Schule völlig ausschalten soll, nicht teilweise einen bloß papiernen Wert behält? Es können innerpolitische Situationen eintreten, die ein weniger radikal gesinntes Ministerium als das heutige bestimmen, die Waffen, die ihm das neue Schulgesetz zur Verfügung stellt, nicht zu gebrauchen, ganz abgesehen von der Möglichkeit, daß der Kulturkampfepisode eine Reaktion zu gunsten der ultramontanen Strömungen folgt. In allen Fällen ist überdies die Verstaatlichung und Republikanisierung der seither zu zwei Dritteln in klerikalen Händen befindlichen und von klerikalem Geiste erfüllten Schulanstalten eine Aufgabe, die sich mit sicherem Erfolge in einem Zeitraum von fünf Jahren schwerlich bewältigen läßt, zumal die Kongregationen Mittel und Wege finden werden, das Schulgesetz zu umgehen und ihre Angehörigen in Laienkleidung und scheinbar von jeder Gemeinschaft mit den Orden losgelöst als Lehrer in die Schulen der Republik wieder einzuschmuggeln.

Neueste Drahtmeldungen vom 7. März.

Der russisch-japanische Krieg.

Wladiwostok. Durch die gestrige Beschießung sind hier nirgends ernsthafte Beschädigungen angerichtet worden. Bei dem Holzhäuschen eines Handwerkers, das von dem Geschosse eines zwölfzölligen Geschützes durchschlagen wurde, wurde eine Frau getötet. In der Wohnung des Obersten Shoukow drang ein Geschoß ein und explodierte erst, nachdem es ein Zimmer durchflogen hatte. Die Schildwache, welche unverletzt blieb, rief, ohne die Geistesgegenwart zu verlieren, man möge die Fahne aus dem Hause retten, was dann die Gattin des Regimentskommandeurs mit einem Soldaten ausführte. Ein Geschoß plagte im Hofe der Marinekaserne, wodurch 5 Matrosen leicht verwundet wurden; sonst wurde niemand verletzt. Feuer ist nirgends ausgebrochen. Die russischen Batterien haben das feindliche Feuer wegen der zu großen Entfernung und dann aus dem Grunde nicht erwidert, weil man dem Feinde nicht ohne Not die Lage derselben verraten wollte. Es wird angenommen, daß das feindliche Geschwader aus einem Panzerschiffe, vier gepanzerten und zwei nichtgepanzerten Kreuzern bestand.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die vollkommene Fertigstellung der Umgehung des Baikalsees wird diesen Herbst erfolgen. Auf einer Strecke von 200 Werst müssen 34 Tunnel gebaut werden, darunter einer von 850 Meter Länge. Der Betrieb ist auf den ersten 54 Werst bereits eröffnet und dadurch der Weg bedeutend verkürzt worden.

Köln. (Priv.-Tel.) Der Petersburger Korrespondent der „Köln. Ztg." meldet, in den letzten Tagen sei ein Umschwung in der Auffassung der russisch-amerikanischen Beziehungen eingetreten. Desgleichen seien die Versicherungen des englischen Botschafters über die loyale Haltung Englands nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung geblieben. Gleichwohl wäre es falsch, wenn man behauptete, daß die Antipathien gegen England abnähmen, sie seien im Gegenteil noch so stark, daß sie sogar in der „Nowoje Wremja" das Mißtrauen gegen Deutschland zurückdrängen. Zur Warnung der „Nowosti", der deutschen Freundschaft gegenüber vorsichtig zu sein, schreibt die „Köln. Ztg.": Die „Nowosti" würde gut tun, gerade im gegenwärtigen Augenblick kein Mißtrauen gegen Deutschland zu säen. Augenscheinlich könne das Blatt die heutige Situation nicht erfassen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Beratung des Militär-Etats wird beim Titel „Kriegsminister" und den dazu vorliegenden Resolutionen des Frhrn. v. Heyl betr. die Unteroffiziere, der Abgg. Beumer und Eickhoff betr. freie Heimatreise der Urlauber und des Abg. Eickhoff betr. die seminaristisch gebildeten Lehrer fortgesetzt. — Abg. Dasbach (Z.) führt Beschwerde über die Verhöhnung des Beichtsakraments in einem Liebhaber-Theater in Thorn, an dem auch Offiziere beteiligt gewesen, sowie über den fortdauernden Duellunfug. Es habe sich eine Antiduell-Liga gebildet, mit deren Zielen sich auch der König von Sachsen einverstanden erklärt habe. In England gäbe es schon längst keine Duelle mehr im Heere, in Belgien seit 14 Jahren ebenfalls nicht mehr. Weshalb sollte dieser Zustand nicht auch bei uns möglich sein? Es würde eine kurze Verordnung des Inhalts genügen: Alle Duelle sind verboten; wer sich trotzdem duelliert, wird aus dem Offizierskorps ausgeschlossen. — Abg. Bebel (Soz.) hält dem Minister gegenüber seine neulichen Angaben aufrecht und streift den Fall Arenberg, indem er die Frage Gradnauers wiederholt, wie man eine solche Person, die ins Irrenhaus gehöre, als Offizier behalten und noch dazu in die Kolonien schicken könne. Uebrigens hätten er und seine Freunde, wenn sie hier Mißhandlungen zur Sprache brächten, damit niemals sagen wollen, daß nun auch gleich das ganze deutsche Offizierskorps in Grund und Boden verdammt sei. Solange noch solche Mißhandlungen vorkommen, müsse aber darüber geredet werden; denn die Soldaten seien doch unsere Brüder, von unserem Fleisch und Bein. Die allgemeine Dienstpflicht gege seinen Freunden noch nicht weit genug, sie wünschen, daß alle unter der Waffe ausgebildet würden; aber sittlich nicht länger als nötig sei, um sie kriegstüchtig zu machen. Redner kommt dann auf die Verhältnisse von 1806 zurück und fährt fort: Der Minister wolle keine Sozialdemokraten im Heere haben; aber ohne uns können Sie gar keinen Krieg mehr führen. Wir werden auch bis zum letzten Atemzuge kämpfen, wenn ein Feind ein Stück Boden von unserem Lande losreißen will. (Ruf: Das ist sehr schön!) Jawohl, sehr schön; aber wir haben keine Lust, uns malträtieren zu lassen. Herr Beumer meint, es werde ja nicht nur in der Armee geschimpft, sondern auch bei uns, und er bezog sich dabei auf den Dresdner Parteitag. In der Armee darf aber der, der geschimpft wird, nicht wieder schimpfen; wenn dagegen einer von uns geschimpft wird, nimmt er sich kein Blatt vor den Mund. Redner schließt: Ein Teil der Uebelstände in der Armee sei durch den Kapitalismus verschuldet. Dieser fresse auch am Mark der Armee. (Rufe rechts: Blech! Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Abg. v. Riepenhausen (kons.) stellt fest, daß auch diese Rede Bebels den Sieg des Kriegsministers nicht habe abschwächen können. Mißhandlungen in der Armee hätten seine Freunde selbstverständlich stets mißbilligt. In der Hauptsache aber sei das Zusammenleben von Offizieren und Mannschaften immer ein gutes gewesen, wofür Redner Beispiele anführt. Er fordert dann den Minister auf, für gute Lektüre für die Soldaten zu sorgen, um so mehr, als so oft versucht werde, sozialdemokratischen Lesestoff in die Kasernen einzuschmuggeln. Was ihn an den Debatten freue, sei, daß wir in dem neuen Kriegsminister einen Mann nicht nur des Wortes, sondern auch der Tat haben, der im gegebenen Augenblicke zu handeln wissen werde. — Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtschaftl. Vereinig.) findet in der heutigen Rede Bebels nur eine Diversion, um seine Niederlage zu verschleiern. Ueber den Fall Arenberg sei das ganze Haus ebenso einig, sowie über die Verurteilung von Mißhandlungen. Was Jena anlange, so hätten hier die vielgeschmähten Junker Heldentaten vollbracht, so die Junker York, Gneisenau, Stein und andere. Heute sage Bebel, im Fall der Not würden auch die Sozialdemokraten für das Vaterland kämpfen; so habe aber Bebel 1870 nicht gedacht, als er die Bewilligung der Kriegsanleihe verweigerte. Von dem neulich gebildeten Verein zur Abwehr der Sozialdemokratie halte er nichts; denn damit schaffe man nur Gelegenheit für die Leute, durch ein paar Hundert Mark Beiträge ihr Gewissen zu beruhigen. Das einzige Mittel bleibe, daß alle gegen die Sozialdemokratie zusammenstehen. Bebel wolle die Armee nicht bessern, sondern nur herunterreißen, um sie für ihre Zwecke untauglich zu machen. Das erhelle aus zahlreichen früheren Aeußerungen Bebels und Liebknechts. Die Sozialdemokraten seien die Giftblüte der Nation. Redner wünscht dann, daß der Notlage der Veteranen abgeholfen werde. Sehr zu empfehlen wäre eine Erhöhung des Soldes für die Mannschaften mit der Maßgabe, daß der Mehrbetrag einbehalten und den Soldaten als Sparfonds bei der Entlassung gegeben, zugleich aber derart sichergelegt werde, daß nicht Kohn und Kahn die Hände darauf legen könnten. Wenn Eickhoff jüdische Offiziere verlange, so werde sich der Kriegsminister wohl schwerlich dadurch die Front verderben lassen. (Heiterkeit.) Nach einer ihm vorliegenden Statistik sei jedenfalls der Jude viermal so untauglich zum Heeresdienst, als der Deutsche. — Kriegsminister v. Einem: Den von Herrn Dasbach erwähnten Thorner Fall kenne ich nicht. Sollte wirklich eine Verhöhnung der katholischen Religion erfolgt sein, so wird selbstverständlich Remedur eintreten. Was das Duellwesen anlangt, so stehe ich auf dem Boden des kaiserlichen Erlasses. Was Prinz Arenberg betrifft, so hat es nach einem mir erstatteten gutachtlichen Berichte erst einer ganzen Kette von Erscheinungen bedurft, um über die Minderwertigkeit Arenbergs Sicherheit zu gewinnen. Während seiner Militärdienstzeit habe man seinen krankhaften Charakter noch nicht erkennen können. Dieses Gutachten ist unterzeichnet von dem berühmten Professor Jolly. Die Militärbehörde trifft keine Schuld, und es ist nicht wahr, daß der Fall typisch-sybaritisch sei. Weiter nimmt der Minister mit Genugtuung Akt von den Erklärungen Gradnauers und Bebels, daß die Sozialdemokraten im Falle eines Krieges ihre Schuldigkeit tun würden. Nehmen Sie es aber nicht übel, wenn ich sage: „Die Botschaft hör' ich wohl, — allein mir fehlt der Glaube!", denn wie stimmt das zu den Aeußerungen Grillenbergers im Jahre 1893, wie stimmt es zu Ihren Bemühungen, fortgesetzt die Armee zu desorganisieren. Man kann nicht erst die Vaterlandsliebe den Leuten aus dem Herzen reißen und ihnen dann sagen: Ihr müßt euch schlagen für dieses — gelästerte — Vaterland. Disziplin ist nur möglich durch Erziehung und Drill und durch, wie wir es tun, Gerechtigkeit und Vertrauen zu der Sache. Wir brauchten die Armee nicht, wir kämpften im Innern, wie Sie behaupten, dann könnten wir uns mit einer kleineren Präsenz und längeren Dienstzeit begnügen. Nein, wir brauchen eine große Armee zur Verteidigung des Vaterlandes. Läge es in meiner Macht, so würde ich ein Armeekorps bilden aus lauter Genossen und Mitgenossen als Führer. (Heiterkeit.) Ich glaube, es würde da lauter Keilerei geben. Jeder würde sich auflehnen. Ich bin überzeugt, es würde großartige Resultate ergeben. (Heiterkeit.) Meine Herren, wenn in der Stadtverordneten-Versammlung, in dieser gebildeten Gesellschaft, ein Stadtverordneter einen anderen Lümmel schimpft, so ist das sein gutes Recht. (Heiterkeit.) Wird er aber auf dem Kasernenhof geschimpft, dann gebiet der Mann vor ein Kriegsgericht. (Beifall rechts.) Was das Bauditzinsche Buch betrifft, so beurteile ich nach einem solchen Buch nicht den Wert der Armee, sondern nur den Unwert des Verfassers. Ein jeder muß sich der Autorität unterwerfen. Sie aber sind bestrebt, die Autorität zu untergraben! In allen Ihren Blättern stand vor den Wahlen zu lesen: „Nieder mit dem Militarismus!" In Dresden sagte Bebel, die Sozialdemokraten seien Bohrwürmer. (Heiterkeit.) Man kann aber nicht gleichzeitig Bohrwurm sein und Erbauer. Glauben Sie wirklich, daß Sie eine Monarchie, die im Herzen des Volkes wurzelt, einfach bei Seite schieben, und daß Sie den Besitz nehmen können einfach auf einen Majoritätsbeschluß hin? Sie helfen und bessern nichts, sie hetzen nur und machen die Sache immer schlimmer. (Bei-